

Eine kostbare Ressource mit Konfliktpotential

Wasser in Südostasien

Yvonne Kloepper

»Der nächste Krieg in der Region wird nicht aufgrund von Besitzansprüchen oder Öl geführt werden, sondern wegen Wassers.« Diese Worte wurden zwar bereits vor einigen Jahren formuliert, haben aber bis heute an Brisanz sicher nichts eingebüßt. Denn, wenn die Rede von Ressourcen und ihrer Rolle im südostasiatischen Kontext ist, führt kein Weg an dem Gut ›Wasser‹ vorbei. Warum dem so ist, sollen hier ausgewählte Beispiele über die Staudammsituation in Thailand, Laos und Burma zeigen.

Unsere Umwelt wird immer mehr als ›globale‹ definiert, und die wirtschaftliche und politische Globalisierung der letzten Jahrzehnte hat den Druck auf natürliche Ressourcen in Südostasien verstärkt. Neben transnationalen Akteuren wie zum Beispiel der Weltbank wirken an der Ressourcenausbeutung massiv auch nationale Akteure mit, was in Südostasien durch die 1997 hereinbrechende Asienkrise noch verschärft wurde.

Thailand und seine Nachbarstaaten Laos und Burma sind hierfür ein (leider) hervorragendes Beispiel, denn in den letzten zehn Jahren sind die Disparitäten hier deutlich gewachsen. Eine wesentliche Folge ist der massive Zugriff auf Ressourcen seitens thailändischer Akteure und transnationaler Unternehmen. So brüstet sich Thailands größter Stromkonzern Egat damit, günstig Strom und Wasser zu importieren, da man die wohlhabendste Nation sei: »Wir sind die Einkäufer (von Elektrizität), weil wir das reichste Land in der Region sind!« Diese Entwicklung ist jedoch kein plötzlich auftretendes Phänomen:

In Thailand hat die seit den 1960er Jahren forcierte Industrialisierung den Druck auf die Ressourcen zunehmend verstärkt. Mit dem Raubbau am Regenwald, der Erschließung der hydroelektrischen Potentiale, dem Fernstraßenbau und den wenig umweltangepassten For-

men marktorientierter Landwirtschaft (Eukalyptus, Zuckerrohr, Cassava) ist die Belastung der natürlichen Umwelt heute weit fortgeschritten.

Unter dem Druck auf Umwelt und Bevölkerung wächst daher selbst in abgelegenen Regionen der Widerstand gegen eine zentralistische Politik Bangkoks. Es zeigt sich vermehrt die Entstehung verschiedenster Interessensgruppen und es kommt zu so genannten ›Terrains of Resistance‹. Das heißt, die Gegenwehr wird von Journalisten, Akademikern, ›Grassroot‹-Organisationen und einer breiten Basis von (inter-) nationalen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) getragen, die im Zuge der fortschreitenden Demokratisierung die Interessen und das Mitspracherecht der betroffenen Bevölkerung fördern.

Konflikte um Wassernutzung in Südostasien

Da laut UN mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung in Asien lebt, die Region aber nur über 36 Prozent der globalen Süßwasservorkommen verfügt, erscheint die Situation hier besonders brisant und lässt die Ressource wertvoll werden. Die Mekong-Region bildet hierbei keine Ausnahme, denn bei transnationalen Flüssen kommt es häufig zu vielschichtigen Nutzungsauseinandersetzungen, und oft ist die Rede von »Wasser als Waffe« und »Politischen Konflikten um Wasser.« So wird zum Beispiel diskutiert, den Mekong stärker als Verkehrs- und Handelsweg, sowie als Energiequelle auszubauen. Das Problem auf internationaler Ebene ist das Nicht-Vorhanden-Sein formaler Konventionen, um die Nutzung untereinander zu regeln. So existiert zwar seit den 1960er Jahren die ›Mekong River Commission‹, die mitentscheidenden Staaten China und Burma haben sich dieser aber nicht angeschlossen. Darüber hinaus kann die Kommission lediglich Empfehlungen aussprechen, die rechtlich nicht bindend sind (siehe auch südostasien Nr. 1/2004).

Leben am Fluss – die regionale Problematik

»Die zukünftige Wasserkraft- und Staudamm-entwicklung (Südostasiens) stellt – mit Blick auf ein nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen – eine der kritischsten Streitfragen dar. Wir müssen daher den ungleichen politischen, sozialen und ökonomischen Machtstrukturen zwischen und innerhalb der involvierten Nationen Beachtung schenken.«

Mit Beginn der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (= EZ) in den 1950er Jahren propagierten Gebernationen Staudämme, um die Entwicklung in den »Entwicklungsländern« voranzutreiben. So wurden vor allem in Thailand und Laos gezielt Staudämme errichtet und lediglich die positiven Effekte wie Bewässerung, Hochwasserschutz und Stromerzeugung angepriesen. Erst in den letzten Jahren rückten vermehrt die negativen Aspekte wie Zwangsumsiedlungen, Zerstörung von Ökosystemen und Existenzen in die Wahrnehmung.

Das ökologisch stark beeinträchtigte Nordostthailand bildet seit etwa 20 Jahren die Arena für Konflikte um Staudämme. Unterstützt von (inter-) nationalen NGOs sind in den vergangenen Jahren so genannte lokale »People´s Movements« wie das »Assembly of the Poor« entstanden, die sich zunehmend erfolgreich gegen die Vorhaben zur Wehr setzen. Die Asienkrise führte überdies zu einem starken Rückgang des Wasser- und Energiebedarfs und die Thematik verschwand nahezu völlig von der Agenda.

Das wirtschaftliche Widererstarken lässt Thailand jedoch heute erneut zu einem dominierenden Akteur werden, deckt aktuell circa zehn Prozent des Energiebedarfs aus Wasserkraft und verfügt über 40 große Dämme. Die Dammbefürworter beziehen sich in ihrem Begründungsmuster auf:

- die momentan steigenden Öl- und Gaspreise,
- die »umweltverträgliche« Art der Stromgewinnung,
- Dürreperioden, bei gleichzeitig schweren Überschwemmungen anderenorts,
- den stetig wachsenden Bedarf an Wasser und Elektrizität
- sowie den Wunsch, bei der Realisierung der so genannten »ASEAN-Power Grid« und »Mekong Power Grid« – sprich der Schaffung von transnationalen Elektrizitätsnetzen zwischen den Staaten – zum dominierenden Stromhändler zu werden, insbesondere im Wettbewerb mit China.

Aufgrund der Schwierigkeit, Staudämme im Land durchzusetzen, bedient sich Thailand heute der Problemauslagerung in »weniger entwickelte Anrainerstaaten«, in denen die Regie-

rungen gerne dem westlichen Entwicklungsmythos Glauben schenken. Insbesondere Laos und Burma – die über ein großes Hydropotential verfügen – rücken in das Blickfeld thailändischer Interessen: Das Problem wird im Sinne einer »neokolonialen Ressourcen-Diplomatie« in die Nachbarländer verlagert, um kostengünstig und mit geringem Widerstand an Wasser und Strom zu gelangen. So deckt Laos bereits heute 25 Prozent seiner Exporteinnahmen durch den Stromexport aus Wasserkraft. Dies geschieht häufig im Rahmen der bilateralen EZ, indem Thailand die Rolle des Dammkonstruktors, Finanziers und Stromabnehmers übernimmt. Thailand gilt entsprechend als »... die mächtigste lokale Wirtschaftskraft der Region, welche große Interessen zur Ressourcenentwicklung in den Nachbarländern hegt. So werden die Anrainerstaaten immer mehr zum »Wasserreservoir« Thailands.«

Dieses allzu polarisierende Bild ist jedoch zu einfach »gestrickt«, denn die Auseinandersetzungen weisen vielfältige Facetten auf, die im Folgenden anhand von Fallbeispielen verdeutlicht werden.

Aktuelle Konfliktarenen: Pak Mun Staudamm

Der Pak Mun ist einer der größten Staudämme Thailands und liegt in der nordöstlichen Provinz – einer der ärmsten Regionen des Landes. Es ist ein äußerst umstrittenes, aber letztlich mit Hilfe der Weltbank realisiertes Projekt im Mündungsgebiet von Mun und Mekong. Heute ist der Damm das Symbol für die thailändische Widerstandsbewegung mit hohem Bekanntheitsgrad in ganz Asien.

Der 260 Millionen US-Dollar teure Damm wurde von der Weltbank und der thailändischen Regierung zwischen 1990 und 1994 unter anhaltenden Protesten fertig gestellt und dient unter anderem der Stromversorgung, Bewässerung, Fischerei, Hochwasserschutz und Erholungsaspekten. Um absehbare negative Folgen für die örtliche Bevölkerung und die Ökologie möglichst gering zu halten, ist der Pak Mun als »Run of River Dam« konzipiert – sprich statt eines großen Stausees wird das Wasser durch acht regulierbare Tore geleitet, die flexibel geöffnet werden. Die Bevölkerung lebt(e) überwiegend von der Flussfischerei, da die Bodenqualität nur begrenzt Landwirtschaft zulässt. Lokale Fischer gründeten bereits 1989 das »Anti Pak Mun Dam Committee« und wiesen auf die kulturell bedingte enge Beziehung zwischen ihrem Leben und dem Fluss als Existenzgrundlage hin. Die Einwände wurden von Studien unter-

stützt, jedoch nur halbherzig von den Befürwortern berücksichtigt. Die Zeit seit Baubeginn ist bis heute geprägt von vielen erbittert geführten Auseinandersetzungen, und die Staudammgegner formierten sich im »Assembly of the Poor«, das durch Wissenschaftler, zivilgesellschaftliche Gruppen, Medien sowie NGOs unterstützt wurde.

Insbesondere der weltweit beachtete Bericht der World Commission on Dams (WCD) im Jahr 2000 kritisierte das Projekt scharf und folgerte, dass der Pak Mun »...in der heutigen Zeit nicht in dieser Art gebaut werden würde.« Die Hauptkritikpunkte sind:

- Der Damm bringt nicht den versprochenen Gewinn und die Baukosten liegen zu 90 Prozent über der Planung.
- Das Kraftwerk nutzt nur 15 Prozent seiner Kapazität.
- Immense Verluste an Biodiversität – insbesondere von Fisch – sind zu verzeichnen.
- Die Bevölkerung erhielt nur unzureichenden Ausgleich.
- Es sind nahezu alle Familien auf Arbeitsmigration in die Städte angewiesen, wodurch das gesamte Sozialgefüge der Region bröckelt.

Die Dammgegner stellen zwei Aspekte in den Fokus, weshalb ihre Gegenwehr nicht den gewünschten Erfolg hatte. Zum einen wurde die einflussreiche Mittelschicht – vor allem in Bangkok – außen vor gelassen. Zum anderen bezog sich der Protest einzig auf den Staudamm an sich, ohne auf weiterreichende Probleme aufmerksam zu machen.

So ist der Konflikt letztlich auch nicht beendet, denn Fragen zur zukünftigen Nutzung des Damms, Perioden der Öffnung der Tore sowie die Entschädigung der Bewohner sind auch heute noch strittig. Der Pak Mun wirkt heute wie ein »Stiefkind«, bei dem eigentlich alle Ak-

teure »nicht gewonnen haben«. Entscheidend ist auch, dass der Damm (mit-) verantwortlich ist für den Strategiewechsel der Weltbank, sich aus der Finanzierung von Großdämmen zurückzuziehen, und dafür, dass in Thailand seitdem keine weiteren Projekte mehr realisiert wurden.

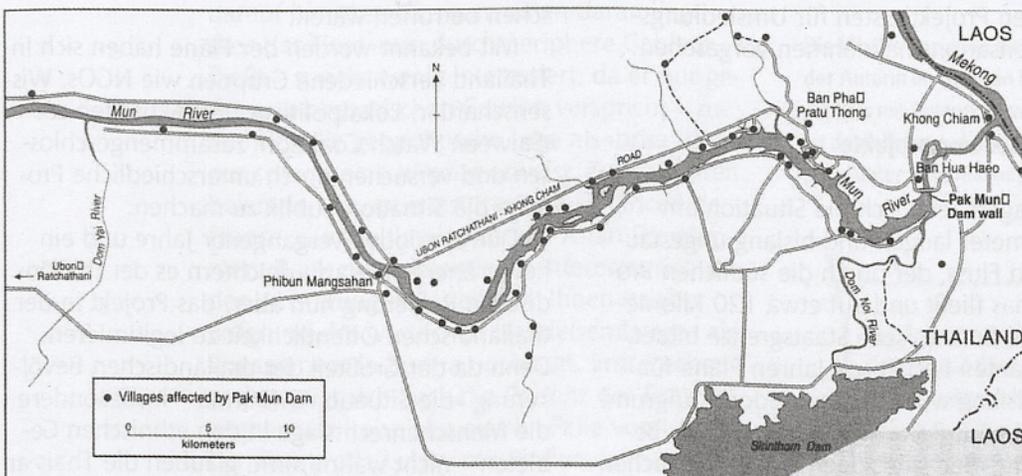
Nam Theun II Damm

»Nam Theun II hat das Potential, als das Modell für bedeutende Entwicklungsprojekte zu dienen, die sich mit Umwelt- und Umsiedlungsaspekten beschäftigen« ist auf der Projekt-Homepage zu lesen. Das 1,6 Milliarden US-Dollar teure Projekt befindet sich nahe der Grenze zu Thailand und sollte mittlerweile Realität sein, nachdem erste Pläne bereits seit 1970 existieren. Für Laos stellt es das größte Infrastrukturprojekt dar, was nun im Jahr 2009 fertig gestellt sein soll. Für die Verzögerungen sind vielfältige Komponenten und Rahmenbedingungen verantwortlich:

- Machbarkeitsstudien betonen vor allem den ökonomischen Gewinn und blenden Alternativen aus.
- Das vorgesehene Budget musste stetig nach oben korrigiert werden.
- Die Region verfügt über großen Artenreichtum und einzigartige kulturelle Besonderheiten.
- Die Dammbefürworter waren sich in der Zielsetzung und Finanzierung häufig uneins.
- Der 2000 veröffentlichte Abschlussbericht der WCD kritisierte das bisherige Vorgehen der Dammlobbyisten stark, so dass Staudammprojekte vorübergehend in den Hintergrund gelangten.

So forderte die WCD unter anderem ein demokratischeres Verfahren und gab gleich einen entsprechenden Kriterienkatalog mit an die

Hand. Besonders brisant war der Ausgang der Studie für die Weltbank, die neben der International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN) Hauptauftraggeber war und nun als ein wichtiger Dammbefürworter in die öffentliche Kritik geriet. Als Folge zog sich die Bank aus Staudammprojekten zurück und weigert sich, die empfohlenen Richtlinien anzuerkennen.



Beeinträchtigte Dörfer am Pak Mun Staudamm

Quelle: Missingham 2003

Mit dem neoliberalen Entwicklungsparadigma kehrte auch der Nam Theun II – als »essentiell bedeutsam für die gesamte Entwicklung von Laos« – zurück auf die Agenda. Im Frühjahr 2005 fiel bei der Weltbank die Entscheidung, das Vorhaben durch Kredite und Risikoabsicherungen zu ermöglichen, womit sie auch ein deutliches Zeichen zum Wiedereinstieg in die Staudammprojekte setzen wollte. Dies ist nach Meinung Wolfensohns der beste Weg für Laos, um »... Devisen zu erzielen und diese in die Gesundheit, Erziehung und Basisinfrastruktur zu investieren, und um so der armen Bevölkerung zu helfen.«

Ziel ist es, über eine vertragliche Laufzeit von 25 Jahren 95 Prozent der pro Jahr erzeugten Energie zu einem niedrigen Festpreis an Thailand zu exportieren. Und das, wo zurzeit nur 20 Prozent der Laoten an Elektrizität angeschlossen sind. Laut Weltbank ist die laotische Regierung verpflichtet, die resultierenden Einnahmen von circa zwei Milliarden US-Dollar ausschließlich für Projekte zu verwenden, die helfen, die Armut im Land zu reduzieren.

Es ist festzuhalten, dass sich beide Staaten in eine gegenseitige Abhängigkeit begeben. Thailand ist auf die reibungslose Produktion und die regelmäßige Lieferung angewiesen. (Die vertragliche Strommenge muss Thailand im Übrigen auch abnehmen, wenn der Bedarf im Land sinken sollte!) Laos wiederum ist von der konstanten Zahlung des Nachbarn abhängig, was nicht selbstverständlich ist, wie die Asienkrise zeigte.

Der Damm wird voraussichtlich 50.000 Menschen direkt betreffen, und seit über zehn Jahren sorgt der fragwürdige Plan bereits für Auseinandersetzungen. Die vielen Kritiker verfassten zahlreiche Studien und wiesen auf die erheblichen Folgen hin, wodurch die Pläne stetig modifiziert wurden. So sind allein zehn Prozent der aktuellen Projektkosten für Umsiedlungs- und Kompensationsmaßnahmen vorgesehen.

Salween Staudammprojekte

Anders gelagert zeigt sich die Situation am 2.800 Kilometer langen und bislang ungestauten Salween Fluss, der durch die südlichen Provinzen Chinas fließt und auf etwa 120 Kilometern die thai-burmesische Staatsgrenze bildet. Alle drei Staaten haben seit Jahren Pläne für Projekte, bislang wurden diese jedoch aufgrund der politischen Brisanz nicht konkretisiert. Besonders umstritten sind Ideen einer mehrfachen Dammkaskade im thai-burmesischen Grenzgebiet, welches hier vorgestellt wird:

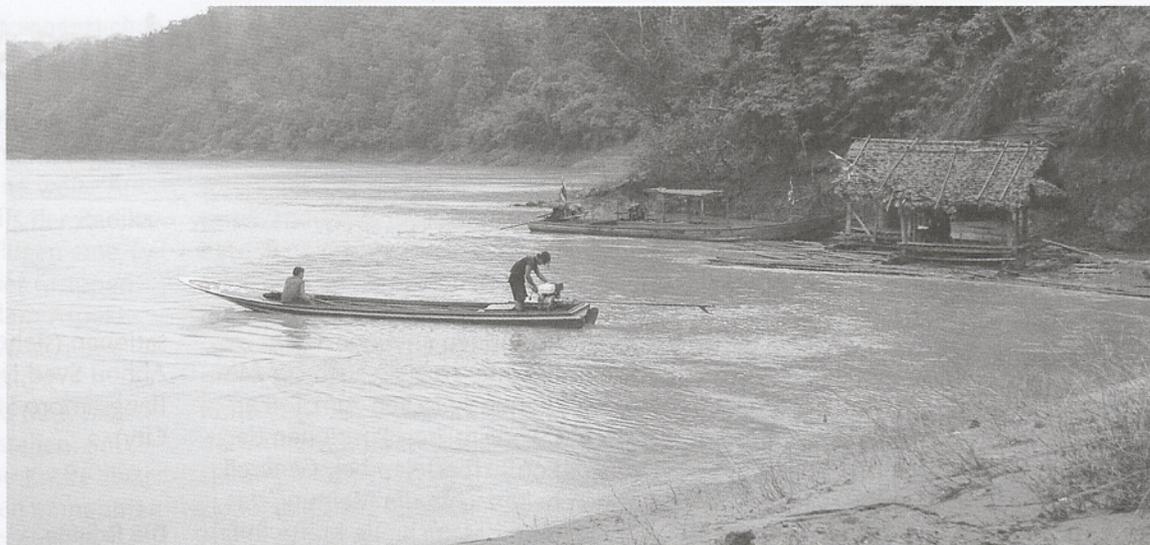
Dem Salween wird ein großes Energiepotential zugesprochen, und die Pläne sehen die Stromerzeugung sowie einen Wasserkanal vor, um mit Letzterem thailändische Dämme zu speisen. Auch würde hierzu der prestigeträchtige Bau des größten Damms Südostasiens zählen. Das angestaute Überschwemmungsgebiet würde sich zum Großteil auf burmesisches Staatsgebiet erstrecken, die Turbinen und Leitungen hingegen sind auf thailändischer Seite vorgesehen.

Der Salween fließt durch eine sensible Region, die unter anderem durch einen Nationalpark unter Schutz steht. Darüber hinaus leben in dem Gebiet verschiedenste und durchaus militante ethnische Minderheiten wie Mon und Karen, die ein äußerst angespanntes Verhältnis zu den Regierungen haben. Hierzu zählen auch etwa 80.000 burmesische Flüchtlinge in thailändischen Lagern, die bislang »stillschweigend« geduldet werden. Die Dämme scheinen entsprechend für beide Staaten ein willkommener Vorwand, um sich ethnischer Probleme zu »entledigen«, was bereits stattfindende Zwangsumsiedlungen durch die Junta im Karen-Staat unterstreichen. Aufgrund der Isolierungsstrategie westlicher Nationen im Falle Burmas findet das Projekt kaum internationale Wahrnehmung und lässt den Akteuren recht freien Handlungsspielraum.

Bilaterale staatliche Abkommen sehen vor, dass beide Regierungen je 50 Prozent der Finanzierung tragen – was besonders im Falle Burmas sehr fraglich erscheint, wo sich jedoch ein finanzielles Engagement chinesischer Akteure andeutet. Für Studien über sozio-ökologische Folgen und etwaige Umsiedlungs- sowie Infrastrukturmaßnahmen ist man ebenfalls nur auf eigenem Territorium verantwortlich. Entsprechend müsste sich Thailand nicht um Vorgänge in Burma scheren, wo aber die meisten Menschen betroffen wären.

Mit bekannt werden der Pläne haben sich in Thailand verschiedene Gruppen wie NGOs, Wissenschaftler, Lokalpolitiker und Aktivisten zur »Salween Watch Coalition« zusammengeschlossen und versuchen durch unterschiedliche Projekte die Situation publik zu machen.

Dürreperioden vergangener Jahre und ein hoher Energiebedarf erleichtern es der thailändischen Regierung nun aber, das Projekt in der thailändischen Öffentlichkeit zu legitimieren. Denn da der Großteil der thailändischen Bevölkerung »die Situation in Burma – insbesondere die Menschenrechtslage in den ethnischen Gebieten – nicht wahrnimmt, glauben die Thais an die Worte der Dammkonstrukteure: Dämme = billiger Strom«. Unterstützung bekommen die



Am Salween ist der Bau des größten Damms Südostasiens geplant.

Foto: Yvonne Kloepper

Befürworter auch durch die kürzlich veröffentlichte Umweltverträglichkeitsstudie, die ›grünes Licht‹ gibt. So unterzeichneten die thailändische und burmesische Regierung Anfang Dezember 2005 das bilaterale Joint Venture zum Bau des ›Hutgyi‹ Damms im Karen State – als ersten von fünf Dämmen mit einer Einzelleistung von 1.200 Megawatt. Denn »Burma benötigt Entwicklung. Also sollte Thailand als strategischer Partner eng mit Rangoon kooperieren, um Modernisierung und ökonomischen Wohlstand für das Allgemeinwohl im Land zu fördern«, so die Bangkok Post.

Resümee

Nun kommt die Frage auf, weshalb ein Dammprojekt dieser Größe auf internationaler Ebene so gut wie unbekannt ist – sind die Ausmaße doch bei weitem ›imposanter‹ als zum Beispiel am Nam Theun II? Aktuelle Recherchen deuten darauf hin, dass dies zum einen daran liegt, dass der Fluss ›nur‹ durch periphere Gebiete fließt – sprich: wenig interessiert, da er nur geringen ökonomischen Gewinn verspricht – zumal sich die geopolitische Lage als ›brisant‹ und nur schwer einschätzbar erweist. Zum anderen bekunden Hauptinvestoren wie Electricité de France, die Weltbank oder die Asian Development Bank zwar potentielles Interesse, sich an der Umsetzung zu beteiligen. Ihnen ist aber aufgrund des westlichen Handelsembargos ein Engagement in Burma untersagt. Entsprechend gering zeigt sich auch die Präsenz der Dammgegner, die beispielsweise im Falle von Laos über eine große Lobby mit Einfluss verfügen. Ihnen fehlt schlicht die Legitimation, da eben Weltbank & Co. sich (noch) nicht engagieren.

Die erwähnte ›Salween Watch Coalition‹ kann also zurzeit nicht auf internationale Rückendeckung hoffen, und so bleibt abzuwarten, wie sich die Situation weiterentwickelt.

Allgemein lässt sich festhalten, dass sich die Kontroversen um Wasser auch in Zukunft in der Mekongregion spannend gestalten dürften, da die internationale Gemeinschaft den Diskurs um eine stärkere Nutzung von erneuerbaren Energien – wozu auch Staudämme gezählt werden – wieder auf die EZ-Agenda gesetzt hat. Hier spielt auch die (globale) Energiesicherung eine entscheidende Rolle, wie aktuelle Krisen um Gas und Öl verdeutlichen. Insbesondere die Weltbank dürfte dabei wieder eine führende Rolle spielen, was sich in der jüngsten Förderung großer Dammprojekte zeigt. Es wird aber auch deutlich, wie vielfältig Konflikte sind und dass es nicht die eine Lösungsstrategie geben kann und darf, sondern jeweilige kulturelle, wirtschaftliche und politische Besonderheiten zu berücksichtigen sind.

Die Inhalte beziehen sich vor allem auf Forschungsarbeiten der Autorin im Rahmen ihrer Dissertation. Eine Fassung des Artikels mit Anmerkungen und ausführlicher Literaturangabe ist demnächst auf den Südostasien-Seiten unserer Homepage unter <http://asienhaus.de/suedostasien-neu> zu finden.

Die Autorin promoviert zurzeit im Bereich Politische Geographie über Staudammkonflikte in Südostasien. Das Projekt erfolgt in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Institut für Politische Geographie/ Sozialgeographie der Uni Münster (yvonne_kloepper@yahoo.de)